



Projektland: Albanien

Quartal/Jahr: Juli – September 2010

Schlagzeilen:

- **Innenpolitische Stagnation aufgrund der Blockadehaltung der Opposition**
- **Gegenseitige Korruptionsvorwürfe von Regierungs- und Oppositionsvertretern**
- **Regierungsumbildung**
- **Kommunalwahlen im Mai 2011**
- **Visaliberalisierung für albanische Bürger bis Ende des Jahres**

I. Innenpolitik

Die innenpolitische Situation stagniert seit Monaten aufgrund der Forderung der linken Opposition, eine parlamentarische Kommission einzuberufen, die die Parlamentswahlen des Jahres 2009 untersuchen soll. Ziel ist die Neuauszählung der Stimmen. Die Demokratische Partei (PD) und ihre Koalitionspartner bestehen darauf, dass über diese Frage die Gerichte zu entscheiden haben und dass eine parlamentarische Kommission zwar prüfen darf, den Beschluss der Gerichte jedoch nicht revidieren kann. Die Bemühungen um eine Lösung dieses Problems gehen weiter. Es gab mehrere Treffen der Vorsitzenden der Parlamentsfraktionen beider politischen Kräfte, eine Lösung ist jedoch noch nicht gefunden.

Die PD ist einverstanden, dass die Untersuchungskommission von der Opposition geleitet werden soll. Gleichzeitig ist die PD bereit zu akzeptieren, dass die PS nach dem Antrag beim Verfassungsgericht auf Neuauszählung, diesen Antrag auch bei der Venedig-Kommission stellen darf, um eine endgültigen Bescheid zu bekommen. Die Sozialistische Partei (PS) hat in dieser Hinsicht noch nichts unternommen. Die PD und andere politische Kräfte im Lande werfen ihr daher vor, dass die ganze Geschichte mit den Wahlurnen eine Farce ist, mit der die Arbeit des Parlamentes blockiert werden soll.

Die gesamte Opposition fordert, dass die Stimmzettel nicht verbrannt werden dürfen, bis die Venedig-Kommission ihren Beschluss gefasst hat. Die Zentrale Wahlkommission hatte erklärt, dass laut dem Gesetz die Stimmzettel verbrannt werden müssen, zumal die Urnen für die nächsten Kommunalwahlen am 08. Mai 2011 gebraucht werden.

Die Opposition wirft außerdem mehreren Mitgliedern der Regierungspartei Korruption vor, und der Regierung Unfähigkeit die Wirtschaftskrise zu meistern. Die PS und ihre Verbündeten haben erklärt, dass nach dem 15. Oktober wieder Protestaktionen in den größeren Städten des Landes gestartet werden, die so lange dauern sollen, bis die Regierung den Rücktritt erklärt und der Termin für vorgezogene Wahlen angekündigt wird.

Im August 2010 warf die Opposition dem ehemaligen Energie-Minister, Dritan Prifti, LSI (Sozialistische Bewegung für Integration) – Koalitionspartner der PD, Korruption im Zusammenhang mit dem Verkauf einer Ziegelfabrik vor. Prifti soll dabei 1,8 Mio. Euro verdient

haben. Im September ergingen weitere Vorwürfe gegen Minister, Abgeordnete oder Familienangehörige in Bezug auf Konzessionerteilungen beim Bau von Wasserkraftwerken.

Aber auch gegen die Opposition werden Korruptionsvorwürfe laut. Einige Bauunternehmer haben Anzeige gegen Edi Rama, PS-Chef und Bürgermeister von Tirana, erstattet. Er verlange über seine Vermittler 20% des Bauwertes für jede Baugenehmigung in Tirana. Einige Tage später wird dem PS Abgeordneten Ilir Bejta vorgeworfen, dass er verfassungswidrig gehandelt hat, als er öffentliche Aufträge für seine Privatfirma erhalten hat.

Ende September wurde in Albanien auf Grund eines internationalen Haftbefehls ein italienischer Staatsbürger, Mitglied der Mafiaorganisation Sacra Corona Unita, verhaftet. Im Rahmen der Ermittlungen wurde festgestellt, dass der Angeklagte Prudentino Businesspartner des Schwagers der Integrationsministerin Majlinda Bregu ist. Die Staatsanwaltschaft hat die Ermittlungen eingeleitet und die Opposition verlangt den Rücktritt der Ministerin.

Es fällt auf, dass beide Lager ständig Vorwürfe gegeneinander erheben. Täglich werden Pressemitteilungen verlesen, aber Hintergrundmaterial zu den Behauptungen fehlt. Die Vorwürfe sind als politischer Angriff zu verstehen. Beweise zu den Korruptionsvorwürfen fehlen.

Die Staatsanwaltschaft ermittelt bereits von Amts wegen in Kooperation mit dem Inspektorat für Vermögenskontrolle hochrangiger Politiker und dem Nationalen Nachrichtendienst.

Die politische Krise dauert bereits über ein Jahr. Trotz Verbesserungen im Wahlgesetz scheint eine weitere Bearbeitung dieses Gesetzes die erste Aufgabe der politischen Parteien nach der Beilegung der Krise zu sein, um Manipulationen in Zukunft auszuschließen. Im Kern wird weiterhin das regionale Proportionalssystem beibehalten und die Veränderungen sollen nur technischer Natur sein.

Die mangelnde Kooperation der Opposition im Parlament hat dazu geführt, dass die Neuerungen im Wahlgesetz für die Kommunalwahlen im Mai 2011 noch nicht verabschiedet worden sind. Die Abgeordneten der Opposition nehmen zwar an den Parlamentssitzungen teil, nicht jedoch bei den Abstimmungen über Gesetze. Große Debatten verursachte zuletzt die Absage der Oppositionsabgeordneten, an der Abstimmung des Gesetzes über das Verwaltungsgericht teilzunehmen. Ein solches Gericht wurde nicht nur von Vertretern der Wirtschaftsgemeinschaft verlangt, sondern die USA hatte damit gedroht, dass wenn dieses Gesetz nicht bis zum 30. September 2010 verabschiedet wird, alle Hilfen für Albanien zu stoppen. Die Opposition machte erneut die Neuauszählung der Stimmzettel der Parlamentswahlen 2009 zur ihrer Teilnahmebedingung an der Abstimmung. Damit hat die Opposition die Sympathien sowohl der Businessgemeinschaft als auch der internationalen Gemeinschaft verloren. Die Blockadehaltung der Opposition hat auch dazu geführt, dass mehrere Gesetze, die von der EU im Rahmen der Integrationsbemühungen Albaniens empfohlen wurden, vom Parlament nicht verabschiedet werden konnten, weil hierfür eine 2/3 Mehrheit erforderlich ist.

Das politische Leben wird weiterhin von den beiden größten Parteien PD und PS dominiert. Innerhalb der Oppositionspartei PS hat sich eine Gruppe, hauptsächlich ehemalige Minister und Mitglieder der Führungsgremien der Partei, gebildet, die die Boykottpolitik des Parteivorsitzenden Edi Rama, nicht unterstützt. Sie machen ihn für die Niederlage bei den Parlamentswahlen 2009 verantwortlich und verlangen seinen Rücktritt.

Die Kritik an Ramas Führungsstil wurde nach den Wahlen der Parteigremien in den Bezirken schärfer. Der PS Abgeordnete Vangjel Tavo erklärte, dass er die PS verlassen wird, ohne jedoch zu sagen, welcher Partei er sich anschließen will.

Dem Widerstand innerhalb seiner Partei begegnete Rama durch die Bildung einer gemeinsamen Front mit anderen außerparlamentarischen Parteien des gesamten politischen Spektrums. Zusammen mit diesen Parteien hat er das Forum „Die vereinte Opposition“ gegründet. Diese Gruppe wird auch an den Protesten gegen die Regierung, die am 15. Oktober beginnen werden, teilnehmen.

Unruhe herrscht auch im Regierungslager. Der ehemalige Energie-Minister Prifti (LSI) hat sich nach seinem Rücktritt heftige Debatten mit dem LSI-Vorsitzenden Ilir Meta geliefert. Prifti hat die LSI noch nicht verlassen, aber es gibt Kontakte zur PS, die ihm noch einen Monat vorher Korruption vorgeworfen hat. Der PD-Abgeordnete Sterkaj hat erklärt, die PD zu verlassen und sich wieder der PS anzuschließen. Der PS Vorsitzende Rama hat seinen Antrag gerne entgegengenommen, auch wenn Sterkaj in der letzten Legislaturperiode als sozialistischer Abgeordneter zu PD gewechselt hatte.

Im Mai 2011 finden die Kommunalwahlen statt. Die Opposition will mit ihren Protesten einen Rücktritt der Regierung und vorzeitige Parlamentswahlen erzwingen. Sie will, dass beide Wahlen gleichzeitig stattfinden. Die Regierungsparteien dagegen bestehen darauf, bis zum Ende des Mandates an der Regierung zu bleiben.

Im September kam es auf Antrag des Koalitionspartners LSI zu einer Regierungsumbildung. Der Energieminister Dritan Prifti (LSI), wurde durch Ilir Meta (LSI), ersetzt, der weiterhin Vize-Regierungschef bleibt. Der ehemalige Vize-Außenminister Edmond Haxhinasto (LSI), wurde Außenminister. Weitere Veränderungen werden nach den Kommunalwahlen erwartet, weil eventuell zwei der Regierungsmitglieder ihre Kandidatur als Bürgermeister ankündigen werden.

Wegen der Blockadehaltung der Opposition und der fehlenden 2/3 Mehrheit konnten mehrere Stellen des Verfassungsgerichtes und des Obersten Gerichtes Albaniens nicht neu besetzt werden. Im September wurde nach einem langen Debattenmarathon der neue Vorsitzende des Verfassungsgerichtes gewählt.

Der Bericht der Nationalbank stellt fest, dass Albanien nicht in einer Krise steckt, aber einige negative Auswirkungen festzustellen seien. Die Kreditvergabe ist zurückgegangen und der Anteil der „schlechten“ Kredite hat 12 % erreicht, im Vergleich zu 3,4 % im Vorjahr.

Außenpolitik

Die ganze Aufmerksamkeit ist der Visaliberalisierung gewidmet. Die Regierungsparteien beschuldigen die Opposition, mit ihrer Haltung würden sie diesen Prozess aufhalten. Die EU-Kommission und das EU-Parlament haben jedoch grünes Licht für die Reformen gegeben. Die Regierung in Tirana ist sicher, dass die Visaliberalisierung bis Ende des Jahres erfolgen wird.

Tirana engagiert sich weiter und betreibt Lobbyarbeit, damit der Kosovo von weiteren Staaten anerkannt wird. Diese Haltung wurde auch während Tagung der UNO-Generalversammlung deutlich.

HERAUSGEBER: CHRISTIAN J. HEGEMER, LEITER IBZ
 AUTOR: NERTILA MOSKO, PROJEKTLEITERIN ALBANIEN
 LAZARETTSTR. 33 – 80636 MÜNCHEN –
 TEL.: +49 (0)89 1258-0 – FAX.+49 (0)89 1258-359
 E-MAIL: GRUNDSATZREFERAT@HSS.DE – HOMEPAGE: WWW.HSS.DE
 ERSTELLT AM: 8.10.2010